

**SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 Aula - Manuskriptdienst**

**SWR2 Thementag: 9/11
„Freiheit statt Terrorismus -
Die arabische Welt nach Al-Qaida“**

Autor: Dr. Michael Lüders *

Redaktion: Ralf Caspary

Sendung: Sonntag, 11. September 2011, 8.30 Uhr, SWR2

Bitte beachten Sie:

*Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt.
Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen
Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.*

*Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula
(Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in
Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.*

Bestellmöglichkeiten: 0722 1/929-6030

Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen
Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.
*Mit dem kostenlosen Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen
Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.
Jetzt anmelden unter 0722 1/300 200 oder swr2.de*

*SWR 2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR 2
Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören:
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

Ansage:

Anlässlich des Thementags geht es heute in der Aula um das Thema: „Freiheit statt
Terrorismus - die arabische Welt nach dem 11.9.“.

Der emotionale und politische Schock nach den Terroranschlägen in den USA war groß, viele Kommentatoren verglichen damals den 11.09.2001 mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, der die bis dahin neutrale USA in den Zweiten Weltkrieg führte. Gleichzeitig rückte der Islam zum Feindbild schlechthin auf, nicht nur der islamische Terror stand am Pranger, was ja verständlich ist, sondern die gesamte islamische Kultur, Religion und Zivilisation gerieten unter Generalverdacht.

Das sagt der Islamwissenschaftler, Buchautor, Journalist und Unternehmensberater Michael Lüders. Er kritisiert im folgenden Vortrag zwei Dinge, erstens: Die Islamophobie seit dem 11.9., und zweitens die Reaktionen der USA auf die Terroranschläge.

Michael Lüders:

9/11 war die Geburtsstunde einer Islamophobie, die bis heute in westlichen Gesellschaften grassiert und längst in der bürgerlichen Mitte angekommen ist.

Nach dem 11. September 2001 verkündeten zahlreiche Politiker und Kommentatoren die große Zeitenwende: Nichts werde nach diesem Tag mehr sein wie vorher. Doch gerade in den USA, dem Schauplatz der Angriffe, hat sich überraschend wenig geändert, vor allem der Lebensstil nicht. Die Sorge oder Angst vor Terroranschlägen ist nach wie vor ein beherrschendes öffentliches Thema, auch in Europa, ohne jedoch traumatisch zu wirken. Die großen Veränderungen seit jenem fatalen Tag vor zehn Jahren haben mit der islamistischen Bedrohung nur indirekt zu tun. Die entscheidende Wende in der inneramerikanischen wie auch in der Weltpolitik hat erst die ideologisch geprägte Antwort der Regierung George W. Bush auf die Terroranschläge eingeleitet. Dessen achtjährige Präsidentschaft war die Hochzeit der so genannten Neokonservativen, einer Allianz aus Hochfinanz und rechtskonservativer Gesinnung. Organisatorisch war und ist sie beheimatet in zahlreichen, in den USA besonders einflussreichen, Denkfabriken und einer inquisitorischen, aggressiven Publizistik und Medienlandschaft, verkörpert insbesondere durch das Nachrichtennetzwerk Fox News. Besagte Neokonservative erkannten die politischen Chancen, die sich aus den Anschlägen ergaben. Und nutzten sie ohne Skrupel. Unter dem Deckmantel von Patriotismus und nationaler Sicherheit wurden unter der Regierung Bush zahlreiche individuelle Freiheitsrechte abgeschafft und Verfassungsrechte eingeschränkt. So konnten Verdächtige nunmehr auf unbestimmte Zeit in Sicherheitsverwahrung genommen werden, ohne anwaltliche Betreuung. Der von Präsident Bush ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ schuf bewusst rechtsfreie Räume, um auch unter Einsatz von Folter vermeintliche Erkenntnisse zu gewinnen. Sinnbild dieser Entwicklung wurde das amerikanische Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba, eine exterritoriale Enklave, wohin tatsächliche oder vermeintliche islamistische Kämpfer vorwiegend aus Afghanistan und Pakistan verbracht wurden. Sie gelten unter dem von der Regierung Bush gebeugten Recht weder als Kriegsgefangene noch als Kombattanten noch als gewöhnliche Verbrecher. Vielmehr als Gefahr für die nationale Sicherheit, womit sie sich

juristisch in einer Art Niemandsland befinden. Allein die Gunst oder Willkür anonym bleibender Militärrichter kann sie wieder in die Freiheit entlassen.

Außenpolitisch reagierte die Regierung Bush auf 9/11 mit einem Angriff auf Afghanistan. Ziel war der Sturz der dortigen Taliban-Regierung, der Gastgeber von Osama bin Laden. Die Taliban sind eine islamisch-fundamentalistische Bewegung mit großem Rückhalt unter den Stämmen und ärmeren sozialer Schichten, in Afghanistan wie auch in Pakistan. Taliban bedeutet, wörtlich übersetzt, Religionsstudenten. Die Bewegung entstand 1996 als Reaktion auf Anarchie und Staatszerfall in Afghanistan. Mit aktiver Unterstützung des pakistanischen Inlandsgeheimdienstes ISI gelang es ihnen innerhalb von nur zwei Jahren, Afghanistan fast vollständig zu erobern. Die Unterstützung Europas war den USA bei ihrem Schlag gegen die Taliban gewiss, auch in der arabisch-islamischen Welt hielt sich die Empörung in engen Grenzen. Nach deren Vertreibung aus der Hauptstadt Kabul legte die westliche Staatengemeinschaft auf einer Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn im Dezember 2001 die Grundzüge der künftigen staatlichen Ordnung für Afghanistan fest. Deren Grundstruktur ähnelt der im Irak zwei Jahre später. Ein politisch bislang völlig unbekannter Afghane, der Paschtune Hamid Karsai, der lange in den USA gelebt hatte und ein Geschäftspartner des damaligen US-Vizepräsidenten, Dick Cheney war, wurde auf Drängen Washingtons zum Übergangspräsidenten ernannt. Freie Präsidentschafts- und nachfolgend Parlamentswahlen sollten demokratische Strukturen schaffen. Unter völliger Verkennung der komplexen Rahmenbedingungen in Afghanistan, wo seit 1979 ein Bürgerkrieg mit wechselnden Fronten tobt, glaubte man, das Haus Afghanistan vom Dach aus bauen zu können. Um den „demokratischen Neuanfang“ zu begleiten, wurde die ISAF ins Leben gerufen, eine freiwillige Militärallianz zahlreicher westlicher Staaten einschließlich Deutschlands. Das ursprüngliche Konzept, wonach die Nato weiterhin die Taliban bekämpft, die ISAF hingegen den zivilen Wiederaufbau militärisch sichert, erwies sich bald schon als hinfällig. Die Fronten überlagerten sich. Umso mehr, als der seit zehn Jahren andauernde Militäreinsatz in Afghanistan nie ein Kriegsziel benannt hat. Wie lange will man kämpfen? Bis die Taliban besiegt sind? Al-Qaida sich auflöst? Der deutschen Öffentlichkeit wurde dieser Einsatz, den als „Krieg“ zu bezeichnen den Regierenden in Berlin bis heute schwer fällt, stets als humanitäre Mission verkauft. Deutsche Soldaten kämpfen demzufolge vor allem deswegen in Afghanistan, um Brunnen zu bohren oder Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen. Legendär auch der ebenso griffige wie inhaltsleere Spruch des damaligen Bundesverteidigungsministers Peter Struck, unsere Freiheit werde auch am Hindukusch verteidigt.

Längst erweist sich der Krieg in Afghanistan als Desaster. Die Taliban sind heute so stark wie nie zuvor seit ihrem Sturz vor zehn Jahren. Das hat verschiedene Ursachen, nicht zuletzt die Kriegsführung von Nato und ISAF, der Tausende Zivilisten zum Opfer gefallen sind. Auch die endemische Korruption der Regierung Karsai und ihre massiven Wahlfälschungen spielen eine wesentliche Rolle. Heute gibt es keine Tabus mehr in den westlichen Hauptstädten, weder Geheimverhandlungen mit den Taliban noch die Überlegung, sie an der Macht zu beteiligen. Für den Westen geht es nur noch darum,

diesen asymmetrischen Krieg möglichst ohne Gesichtsverlust zu beenden. Für die Nato ein Waterloo - das stärkste Militärbündnis der Welt muss sich den Kalaschnikov-Kriegern der Taliban beugen. Präsident Obama verfolgt erkennbar nur noch dieses Ziel am Hindukusch: Den Einsatz rechtzeitig vor den US-Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr für beendet zu erklären.

Auch die von seinem Vorgänger Bush angestrebte geopolitische Machterweiterung in Zentralasien im Zuge des Afghanistan-Einsatzes erwies sich als kurzlebig. Vor allem die zentralasiatischen Staaten Kirgistan und Usbekistan wurden mit Geld und politischen Versprechen geködert, um dort US-Militärbasen für den „Krieg gegen den Terror“ einzurichten. Sowohl Russland wie auch China haben auf diese Expansion in ihrem unmittelbaren Hinterland reagiert und hinter den Kulissen nichts unversucht gelassen, den US-Einfluss zurückzudrängen. Mit Erfolg, denn die Verträge für die Militärbasen laufen entweder aus oder werden so restriktiv gehandhabt, dass sie ihre strategische Bedeutung weitgehend verloren haben.

Eine ebenso fatale Fehleinschätzung wie in Afghanistan unterlief amerikanischer Politik im Irak. Anlass für den 2003 durch eine Militärintervention herbeigeführten Sturz Saddam Husseins waren geopolitische Interessen und die Erdölressourcen Iraks. Aber auch die von Washingtons Neokonservativen getragene Fehleinschätzung, Demokratie ließe sich mit Waffengewalt exportieren. Entgegen aller Behauptungen der Regierung Bush hatte Saddam Hussein mit den Anschlägen vom 11. September nichts zu tun. Doch widersetzte er sich, ähnlich wie das iranische Regime, dem Führungsanspruch der USA im Nahen und Mittleren Osten. Mit seinem Überfall auf Kuwait 1990 war der vormals enge Verbündete Washingtons unwiderruflich in Ungnade gefallen. Nach Saddam Husseins Sturz wurde auch im Irak, wie zuvor in Afghanistan, eine demokratische Fassade errichtet, hinter der bis heute erbitterte ethnische und religiöse Konflikte ausgetragen werden. Der Irak droht in Bürgerkrieg und Anarchie zu versinken. Präsident Obama hat den weitgehenden Abzug amerikanischer Truppen aus dem Irak bis Ende des Jahres angekündigt, um dieses unliebsame Kapitel ebenso abzuschließen wie den Afghanistan-Einsatz.

Das ändert nichts daran, dass Washingtons neokonservative Ideologen mit ihrer rein militärischen Antwort auf 9/11 ein politisches Eigentor geschossen haben, das ihrem eigenen Selbstverständnis zufolge an Hochverrat grenzt. Sowohl in Afghanistan, vor allem aber im Irak entstand nach dem Regimewechsel ein Machtvakuum, das maßgeblich von Teheran gefüllt wurde. Ausgerechnet die Islamische Republik Iran, aus Sicht der Regierung Bush ein „Schurkenstaat“ ganz weit vorne auf der „Achse des Bösen“, ist der geopolitische Gewinner im Nahen und Mittleren Osten. Die größten Widersacher der Mullahs, das verhasste Saddam-Regime, das von 1980 bis 1988 Krieg gegen den Iran führte, und die sunnitischen Taliban, militante Widersacher der Schiiten, wurden dank amerikanischer Intervention entmachteter. Ohne es zu wollen, hat Washington der Regierung in Teheran Tür und Tor in der Region geöffnet. Die iranische Führung nutzt ihre neu gewonnene Macht, um einen „schiitischen Halbmond“ zu

schaffen, der über den mehrheitlich schiitischen Irak bis in den Libanon reicht, zur Hisbollah: der Partei Gottes. Der Libanonkrieg 2006 zwischen Israel und der Hisbollah war gleichzeitig auch ein Stellvertreterkrieg der USA mit dem Iran. Die ungelöste Palästinafrage wiederum führte zu einer Annäherung der sunnitischen Hamas und der schiitischen Hisbollah.

Im Rückblick besehen erscheint der „Krieg gegen den Terror“ als selbstverschuldete Demontage amerikanischer Macht und Führungsstärke. Die Kriegskosten in Afghanistan und im Irak sind schwer zu beziffern, für die Zeit von 2001 bis 2011 schwanken die Angaben zwischen 1,3 und vier Billionen Dollar. Beide Kriege haben neben dem Beinahe-Bankencrash im Jahr 2008 wesentlich zur immensen Staatsverschuldung der USA beigetragen und den wirtschaftlichen Niedergang der Supermacht Amerika beschleunigt, vor allem zugunsten Chinas. Die überwiegend von Ideologie und Rache getriebene Antwort auf 9/11 hat die Welt zusätzlich in „sie“ und „wir“ unterteilt und damit die Islamophobie bis in die Mitte der Gesellschaft hinein salonfähig gemacht. „Wir“, namentlich die Amerikaner, generell die Bürger der freien, säkularen, aufgeklärten Welt, sind die unschuldigen Opfer, „sie“ hingegen die Mächte des Bösen. „Wir“ übersehen dabei allerdings, das wir aufgrund unserer Selbstgerechtigkeit in weiten Teilen der Welt mittlerweile ebenfalls zu den „Bösen“ zählen.

Die westliche Wahrnehmung der arabisch-islamischen Welt folgt zunehmend Denkschablonen, die vielschichtige Wirklichkeiten zu Schlagwörtern reduziert. So hat sich in weiten Teilen der westlichen Öffentlichkeit einschließlich der Medien die Überzeugung durchgesetzt, ein Muslim habe im Wesentlichen nur eine einzige, eine islamische Identität, die in Richtung Dschihad weise. Es ist dabei nicht ohne Ironie, dass ein radikaler Islamist, der zur Gewalt gegen Ungläubige aufruft, genauso argumentieren würde. Terror und Gewalt im Namen des Islam werden gleichgesetzt mit dem Islam als Ganzen. Abgesehen davon, dass solche Verallgemeinerungen nichts erklären, haben Menschen in aller Regel nicht nur eine Identität, sondern mehrere, die sich überlagern und ablösen können. Umso erstaunlicher, dass auch Samuel Huntingtons Bestseller vom „Kampf der Kulturen“, erschienen 1996, der schlichten Formel „Ein Mensch - eine Identität“ folgt. Huntington schuf gewissermaßen die ideologische Blaupause für die Reaktionen auf den 11. September 2001, die zu erklären schien, „warum sie uns hassen“: Weil sie nämlich anders sind als wir. Weil die Gewalt in ihren Köpfen und Herzen steckt, weil die Grenzen zwischen dem Islam und dem Westen nun einmal „blutige Grenzen“ seien, wie Huntington schrieb.

Huntingtons Islambild beruht wesentlich auf einem kulturellen Fundamentalismus, der das Entstehen von Feindbildern begünstigt. Seine konfrontative Sicht auf die Welt prägt bis heute westliche Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten. Auch deswegen, weil der griffige Slogan vom „Kampf der Kulturen“ Interessensgegensätze oder schlichte Machtpolitik in den Bereich eines naturgegebenen, gewissermaßen schicksalhaften Ringens überführt und damit entpolitisiert. Die Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern, die Kämpfe im Irak oder in Afghanistan, um nur diese Beispiele zu

nennen, sind aber keineswegs Ausdruck eines Kulturkampfes. In erster Linie geht es um Macht, Territorium und Hegemonie - verschiedene islamistische Gruppen, auch terroristische, bekämpfen proamerikanische Regierungen und westliche Interessen oder fordern, wie die Hamas, einen palästinensischen Staat. Die dabei angewandten Methoden sind zu verurteilen, aber hier geht es um Politik, nicht um ganze Kulturen. Politische Konflikte können sich entlang religiöser Zugehörigkeiten entzünden oder zuspitzen, sind jedoch kein Streit um Offenbarungsschriften. Kein seriöser Historiker oder Politiker würde behaupten, der Konflikt in Nordirland sei ein „Kampf der Kulturen“ zwischen Anhängern und Gegnern der Schriften Martin Luthers. Gleichermaßen ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern kein Kampf zwischen Judentum und Islam, auch wenn einige ihn gerne so sehen. Die Frage lautet vielmehr, ob und in welchen Grenzen die Palästinenser ihren eigenen Staat erhalten.

Islamistischer Gewalt fallen auch und zu einem erheblichen Teil Muslime in arabischen und islamischen Staaten zum Opfer, in Form von Terroranschlägen von Marokko bis Indonesien. Diese Gewalt ist Ausdruck einer innerislamischen, brutal geführten und von Stammesdenken geprägten Auseinandersetzung um die Zukunft von Staat und Gesellschaft. Eine radikale Minderheit glaubt, ihre Vision eines Gottesstaates der Bevölkerungsmehrheit aufzwingen zu können. Konkret geht es um verschiedene Gruppen meist arabischer Sunniten mit einer extremistischen Interpretation des Islam. Sie versuchen, die Regierungen islamischer Staaten durch ein Kalifat zu ersetzen. Dabei bekämpfen sie als „fernen Feind“ auch die USA und ihre europäischen Verbündeten, die diese Staaten unterstützen. Sie glauben, wenn sie dem Westen genügend Furcht einflößen, wird er sich aus der Region zurückziehen, und sie können ihr Ziel erreichen. Wenn wir unbedingt den Begriff „Kampf der Kulturen“ verwenden wollen, so handelt es sich um einen innerislamischen Kulturkampf, in dem Dogmatiker ihre Ziele ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung zu erreichen versuchen, in klarer Abgrenzung zu Freiheit und Demokratie. Der eigentliche Feind ist dabei der liberal gesinnte Muslim - erst in zweiter Linie die USA oder ihr nächstlicher Verbündeter Israel.

Die ideologische Aufrüstung nach 9/11 verhalf einem weiteren Begriff zum politischen Durchbruch, der jeden Dialog mit dem Islam ebenso wie Pragmatismus oder Augenmaß als „Appeasement“, als naive Friedenstrümerei denunzierte. Denn der Feind ist zu allem entschlossen, suggeriert der Ausdruck „Islamofaschismus“, der den „Krieg gegen den Terror“ zusätzlich zu legitimieren suchte und besonders in den USA und in Israel bis heute zum geläufigen politischen Vokabular gehört. Er geht maßgeblich auf den britischen Orientalisten Bernard Lewis zurück, einen Berater des Weißen Hauses, bekannt für seine feindselige Haltung gegenüber dem Islam. Der Begriff, geprägt in den 1990er Jahren, meint generell islamisch-fundamentalistische Bewegungen, die als „dritte totalitäre Bedrohung“ nach Faschismus und Kommunismus gesehen werden. Al-Qaida ist damit ebenso gemeint wie Hamas, Hisbollah, marokkanische oder algerische Fundamentalisten oder die ägyptischen Muslimbrüder. Da Faschismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert nur mit militärischer und politischer Entschlossenheit zu besiegen waren, gelte dieser Erfahrungswert analog auch für den „Islamofaschismus“.

Faschismus“ des 21. Jahrhunderts. Nachfolgende israelische Regierungen haben sich bereitwillig zur Speerspitze dieses westlichen „Kulturkampfes“ gegen den „Islamofaschismus“ ernannt und in dessen Windschatten den Friedensprozess beerdigt. Wer wollte denn ausgerechnet von Israel verlangen, territoriale Kompromisse mit den „Islamofaschisten“ der Hamas einzugehen, den weltanschaulichen Erben Hitlers?

Der islamische Fundamentalismus, der in den 1920er Jahren in Ägypten entstand, ist ursprünglich eine Bewegung, die sich gegen westliche Einflüsse und ungerechte Herrscher in den arabisch-islamischen Ländern richtet. Er umfasst ein breites Spektrum, der von Al-Qaida bis zur türkischen Regierungspartei reicht. Islamisten sind nicht per se gewaltbereit, nur ein Teil von ihnen sieht Terror als legitim an. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war der Islamismus als Massenbewegung weitgehend diskreditiert und politisch in einer Sackgasse. Erst der „Krieg gegen den Terror“ hat den Islamisten vorübergehend erneut Auftrieb verliehen und sie vielfach zusätzlich radikalisiert. Es gibt keine organisatorischen Gemeinsamkeiten zwischen Al-Qaida einerseits und Hamas, Hisbollah oder den Muslimbrüdern andererseits. Islamistische Bewegungen instrumentalisieren die Religion und benutzen sie als Ideologie, sie streben aber nicht danach, einen neuen Menschen zu erschaffen, im Gegensatz zu Faschismus und Kommunismus.

Fazit: Der von den USA gegen Al-Qaida und radikale islamistische Bewegungen geführte „Krieg gegen den Terror“ hat den radikalen Islamismus nicht besiegt. Für die Menschen in der Region brachte er Leid und Instabilität, aber keine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Gleichzeitig haben die USA mit ihrer rein militärischen Antwort auf 9/11 den eigenen Abstieg als Supermacht eingeleitet. Und die Islamophobie hielt Einzug in die bürgerlichen Mittelschichten der USA wie auch Europas.

Islamophobie, die Angst vor dem Islam und die Ablehnung alles Islamischen, bedeutet zweierlei. Zum einen liegt ihr ein verallgemeinerndes Islambild zugrunde, das islamische Gewalt und islamistischen Terror gleichsetzt mit dem Islam insgesamt. Der Exzess wird gleichsam für Normalität gehalten. Der Muslim mordet, weil es seine Religion angeblich von ihm verlangt. Ob „Ehren-“ oder Massenmord - letztendlich folgen muslimische Gewalttäter nach dieser Logik nur den Geboten des Korans. Rechtspopulisten wie der Niederländer Geert Wilders, und nicht nur er, setzen die Heilige Schrift der Muslime der Einfachheit halber gleich mit Adolf Hitlers „Mein Kampf“. Zum anderen konstruiert die Islamophobie ein Idealbild der westlichen Gesellschaft, das mit historischer Realität wenig bis gar nichts zu tun hat. Demzufolge ist das „christliche Abendland“, alternativ das „christlich-jüdische Abendland“ ein naturgegebener Hort des Friedens und der Aufklärung, in dem die Menschen und ihre Institutionen, allen voran die Kirche, offenbar von zivilisatorischem Höhepunkt zu Höhepunkt geeilt sind. Gerade so als hätte es die Inquisition, die Ausrottung der amerikanischen Urbevölkerung, Sklaverei, Kolonialismus oder Auschwitz nie gegeben. Im Gegensatz dazu steht der Islam, Inbegriff von Mittelalterlichkeit, Gewalt und Frauenunterdrückung, ein Hort des Unfriedens und mörderischer Zerstörung. Kreuzritter der Islamophobie sind die so genannten

„Islamkritiker“, die vorgeben, „westliche Werte“ und was sie dafür halten vor einer Unterwanderung durch den Islam und die Muslime zu verteidigen. Ob Probleme der Integration, Nahostkonflikt, Terror, Verschleierung der Frau - aus Sicht der Islamkritiker gibt es bei diesen Fragen keinerlei soziale oder politische Ursachen. Ihre Erklärung für Missstände oder kulturelle Differenzen gleich welcher Art ist der Islam an sich, wobei zwischen Koran und islamisch geprägter Alltagskultur ebenso wenig unterschieden wird wie etwa zwischen Türken oder Arabern. Die Islamophobie wurde, wie erwähnt, nach dem 11. September 2001 gesellschafts- und salonfähig. Sie ist ein Sprengsatz mit tödlichen Folgen, wie die Attentate in Norwegen am 22. Juli dramatisch vor Augen geführt haben.

Als ein US-Kommando am 2. Mai Osama bin Laden in der pakistanischen Stadt Abbottabad aufspürte und erschoss, war der Jubel in den USA groß. Es war ein Sieg geboren aus Rache. Fast zehn Jahre nach 9/11 wurde der Staatsfeind Nummer eins ausgeschaltet. Eine wirklich operative Bedeutung hatte bin Laden allerdings schon seit Jahren nicht mehr. Al-Qaida hatte sich nach den Anschlägen in den USA regional verselbständigt und arbeitet heute weltweit nach einer Art Franchise-System, nicht anders als die Filialen von McDonalds oder anderer globaler Unternehmen. Regionale Terrorgruppen berufen sich auf Al-Qaida, ohne dass die einzelnen Operationen, einschließlich der Anschläge in Madrid und London, mit der „historischen Führung“ abgesprochen würden. Al-Qaida ist in tausend Teile zersplittert und hat gleichzeitig erheblich an gesellschaftlichem und politischem Rückhalt verloren. Nicht aufgrund der militärischen Aktionen der USA. Sondern als Folge der Umbrüche in der arabisch-islamischen Welt, die sich seit Anfang dieses Jahres in der arabischen Revolution niederschlagen. Aus Sicht der „Islamkritiker“ hätte es diese Revolution gar nicht geben dürfen, sind doch Islam und Demokratie, Islam und Moderne nicht miteinander zu vereinbaren. Aber sie sind es durchaus, wie die Ereignisse der letzten Monate zeigen, angefangen in Tunesien und Ägypten bis nach Syrien und in den Jemen. Die arabische Revolution markiert ungeachtet aller gewalttätigen Widerstände vor allem in Libyen eine historische Zäsur vergleichbar dem Fall der Berliner Mauer. Sie versucht den Übergang der arabischen Welt von einer Feudal- in eine Industriegesellschaft zu vollziehen. Angefangen damit, langjährige Alleinherrscher und ihre kriminellen Familienclane von der Macht zu vertreiben. Gleichzeitig ist sie Ausdruck einer tief empfundenen Desillusionierung mit zwei Massenideologien, die jahrzehntelang Fortschritt und Freiheit versprochen, in Wirklichkeit aber die Stagnation der Region fortschrieben. Das ist zum einen die Ideologie des arabischen Nationalismus, die in den 1950er und 1960er Jahren ihre Höhepunkte feierte, bis zur vernichtenden Niederlage gegen Israel im Sechstagekrieg 1967. Und zum anderen der islamische Fundamentalismus. Weder im Iran noch in Saudi-Arabien, geschweige denn in Afghanistan ist es den Fundamentalisten gelungen, freiheitliche und wirtschaftlich erfolgreiche Ideen umzusetzen. Die von ihnen angewendete Gewalt hat ebenfalls keine bestehenden Probleme gelöst. Die meisten Araber glauben heute an keine Ideologie mehr. Sie suchen pragmatische Lösungen für ihre Probleme, ihre Zukunft, ihre Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund haben radikale, gewaltbereite islamistische Gruppierungen an

Rückhalt und Einfluss verloren. Nur in den Armut- und Katastrophenländern der islamischen Welt, allen voran in Afghanistan, Pakistan, Irak, Jemen und Somalia sind sie noch immer einflussreich - und teilweise unter jungen Immigranten der zweiten oder dritten Generation in Europa.

Der Weg in die Moderne, von einer Feudal- in eine Industriegesellschaft, ist auch in Europa von radikalen Umbrüchen begleitet gewesen. Teil dieser Umbrüche waren mörderische Heilsversprechen wie der Stalinismus oder der Nationalsozialismus, die das 20. Jahrhundert maßgeblich geprägt haben. Vor diesem Hintergrund erscheint die Konstruktion eines vermeintlich segensreich wirkenden „christlichen“ oder „christlich-jüdischen Abendlandes“ in Abgrenzung zum Islam umso erstaunlicher. Nicht Analyse, sondern Projektion scheint unsere eigene Selbstwahrnehmung zu prägen. Osama bin Laden war kein „Islamofaschist“. Doch er glaubte an Gewalt als ein Erlösungsversprechen, ebenso wie der norwegische Attentäter Anders Breivig. Der erste Reflex in den Medien auf die Anschläge in Norwegen war das laute Nachdenken über einen islamistischen Hintergrund - bevor der Täter überhaupt gefasst war. Anschließend folgten die Ernüchterung und der Schlagabtausch. Ist Breivig lediglich ein „Irrer“, wie etwa die Bild-Zeitung der Einfachheit halber vermutete? Oder hat er bewusst und vorsätzlich das Weltbild von „Islamkritikern“ in die mörderische Tat umgesetzt? Ist er gar ein moderner Kreuzritter, ein christlicher Fundamentalist, der in den „Heiligen Krieg“ gegen Muslime und die Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft gezogen ist? Auf jeden Fall hat er bewiesen, dass es durchaus „blutige Grenzen“ gibt. In Europa wie auch im Nahen und Mittleren Osten. Sie verlaufen nicht zwischen Islam und Christentum, wie Samuel Huntington glaubte. Sondern, in Europa, zwischen Rechtspopulisten und Modernisierungsverlierern einerseits sowie einer liberalen, freiheitlichen, einwanderungsoffenen Gesellschaft andererseits. Im Nahen und Mittleren Osten verlaufen diese „blutigen Grenzen“ zwischen islamischen Fundamentalisten einerseits und Reformkräften andererseits, die unter Einsatz ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und bessere Lebenschancen kämpfen. Die Ironie dabei ist diese: In der islamischen Welt sind die Islamisten, die ja nichts anderes sind als Brüder im Geiste hiesiger Rechtspopulisten, auf dem Rückzug. Ihren historischen Zenith haben sie längst hinter sich. Die Prognose sei gewagt, dass der Rechtspopulismus in Europa dagegen erst am Anfang einer langen Erfolgsgeschichte steht, einschließlich noch vieler Breiviks.

*** Zum Autor:**

Michael Lüders, geb. 1959, studierte arabische Literatur in Damaskus und Islamwissenschaften, Politologie und Publizistik in Berlin. Er war langjähriger Nahostkorrespondent der ZEIT. Lüders ist in beratender Funktion für das Auswärtige Amt tätig, er ist als Experte für Nahost, die arabische Welt und den Islam bekannt geworden.

Bücher (Auswahl):

- Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen. Aktualisiert und neu überarbeitet. Herder-Verlag. 2011.
- Im Herzen Arabiens. Stolz und Leidenschaft - Begegnung mit einer zerrissenen Kultur. 4., ergänzte und aktualisierte Auflage. Herder-Verlag. 2006.
- Blöder Hund (Roman). Verlag Droemer Knaur. 2010.
